Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 75

Bezugspreis: Bei täglich zwei maligem Bezug monatlich Mk. [illegible] vierteljährlich Mk. 22.50 vor Bezug. Durch die Post bezogen [illegible] portofrei. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5909 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, 15. Februar

Anzeigenpreis: Die [illegible] 34 mm breite mm-Grundzeile [illegible] Pf. Die [illegible] 90 mm breite mm-Reklamezeile [illegible] Mk. Anzeigen nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Der Streit um die Gegenvorschläge

Noch keine deutschen Gegenvorschläge

× Paris, 14. Februar.

Herr Bergmann ist gestern morgen in Paris eingetroffen. Der „Intransigeant" veröffentlicht hierüber eine Notiz, in der er erklärt, daß Herr Bergmann mit keiner besonderen Mission in bezug auf die Verhandlungen über das Uebereinkommen von Paris betraut sei. Er ist einfach gekommen, um seine Tätigkeit an der Spitze der deutschen Sachverständigenkommission in Paris wieder aufzunehmen. Es ist ebenso wahrscheinlich, daß er Ende nächster Woche endgültig nach Paris zurückkehrt, da er in Paris den permanenten Dienst versieht. Im übrigen versichert man in maßgebenden Kreisen, daß es verfrüht sei, anzunehmen, daß die deutsche Regierung bereits Gegenvorschläge festgestellt habe. Man glaubt, daß die Deutschen sehr ernsthaft das Projekt einer internationalen Anleihe studieren werden, die auch bereits in Boulogne besprochen wurde und über die gewisse französische und englische Blätter seit einigen Tagen sprechen. Aber im Augenblick ist noch nichts Definitives festgestellt.

Der „Temps" widmet seinen Leitartikel der Rückkehr Bergmanns und erklärt, daß die französische Regierung bereit sei, Herrn Bergmann anzuhören, aber nur dann, wenn er der Ueberbringer von Vorschlägen sei, welche mit den Bestimmungen vom 29. Januar übereinstimmen. Im letzten Monat gab es eine Periode, wo das Wiedergutmachungsproblem durch eine andere Methode hätte gelöst werden können. Da hat sich die deutsche Regierung geirrt, denn Herr Bergmann hat gewiß die Instruktionen nicht betragen, mit welchen er Mitte Januar nach Paris zurückkehrte. Die Alliierten haben dann das Uebereinkommen vom 29. Januar beschlossen, über welches die französische Kammer sehr lange diskutierte, und welches sie als die äußerste Grenze der Opfer betrachtet, der erträglich sind. Es war nicht anzunehmen, daß ein deutscher Sachverständiger, der mit französischen und englischen Sachverständigen spricht, bies in Frage stellen könnte. Der „Temps" schließt mit einer Bemerkung über die von Herrn v. Lucius geleitete Delegation. Man wird uns eine Bemerkung gestatten, welche in keiner Weise die geachtete Persönlichkeit Bergmanns betrifft. Die Rückkehr dieses deutschen Staatssekretärs gibt uns Gelegenheit, festzustellen, daß Deutschland in Paris durch drei, in gleicher Weise offizielle, aber völlig verschiedene Missionen vertreten ist: Die deutsche Gesandtschaft, welche man beglückwünscht, daß sie in den Händen des Herrn Mayer liegt, die deutsche Wiederherstellungskommission, an deren Spitze Herr Bergmann steht, und schließlich ein Organismus, der sich deutsche Delegation auf der Friedenskonferenz nennt und Herrn v. Lucius anvertraut ist, ehemaliger Gesandtschaftssekretär in Paris zur Zeit Wilhelms II. Man wird zugeben, daß dies etwas viel ist. Wenn der Dienst des Herrn Bergmann technisch genügend ist, um unabhängig von der Gesandtschaft bleiben zu können, so fragt man sich dagegen warum die von Herrn v. Lucius geleitete Delegation noch so lange Zeit die Friedenskonferenz überlebt, um so mehr, als es scheint, daß diese Delegation nicht immer für den Frieden arbeitet.

Eine offiziöse Pariser Erklärung

Reuter erklärt zu der Haltung Deutschlands auf der kommenden Konferenz in London: „Die maßgebenden englischen Kreise sind der Ansicht, daß das beste Mittel, die Dinge dort vom deutschen Standpunkte aus zu erleichtern, die Vorlage konkreter Vorschläge ist, die die Art und Weise betreffen, in der Deutschland den Forderungen der Alliierten entsprechen will. Damit wird Zeit gewonnen, denn jeder Versuch seitens der Deutschen, das Pariser Abkommen zu stören, wäre von vornherein ein Mißerfolg." Diese Erklärung, wenn sie, wie es scheint wirklich „maßgebend" ist, beschränkt sehr erheblich die vor acht Tagen abgegebene Versicherung Lloyd Georges, daß Gegenvorschläge ohne Einschränkung angehört werden sollen. Man kann sich allerdings nicht verhehlen, daß er in seiner Rede auf die Frage der geeigneten Mittel und Wege der Realisierung der Kriegsschulden als Hauptthema der Londoner Konferenz hingedeutet hat. Auch Lloyd George scheint der Ansicht zu sein, daß die Last der Zahlungen sehr gemildert werden kann durch geeignete Formen der Zahlung. Einen so scharfen Trennungsstrich zwischen dieser Frage und der Frage des Umfangs der deutschen Verpflichtungen, wie in dem eben erwähnten Communiqué, hat aber Lloyd George jedenfalls nicht gemacht. Man muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß man in England sich immer noch nicht entschließen kann, an einen weitgehenden Widerstand Deutschlands gegenüber den Pariser Beschlüssen zu glauben.

w. London, 14. Februar.

Die in Bombay erscheinende „Times of India" schreibt: Auf der Londoner Konferenz bietet sich Gelegenheit, den Vertrag von Sèvres so abzuändern, daß die Wunde des Kalifats, wie sie in Indien empfunden werde, geheilt werde. Ohne eine solche Abänderung könne kein Frieden herrschen. Das Blatt wünscht, daß Aga Khan auf der Londoner Konferenz die Sache der indischen Mohammedaner vertrete.

Wie gemeldet wird, soll Aga Khan auf Einladung der britischen Regierung hin an der Londoner Konferenz für die Ostfragen teilnehmen. Er beabsichtigt hierzu am 12. Februar aus Bombay abzufahren.

Die Pariser Presse zu Simons Rede

b. Paris, 14. Februar.

Der „Petit Parisien" bespricht die Rede Dr. Simons in Stuttgart und führt aus:

Die Rede verlange in einigen Punkten sofortige Antwort. Wenn Dr. Simons erklärt, die Deutschen würden in London vor allen Dingen die Reduzierung der in Paris festgesetzten Schuld verlangen, so müsse man ihnen antworten: die Reduzierung der deutschen Schuld sei das einzige, was die Verbündeten den Deutschen nicht bewilligen könnten. Was die festgesetzten Jahresraten betrifft, so könne man eventuell mit den Deutschen darüber verhandeln, wenn sie einen anderen Barometer für den Wohlstand Deutschlands angeben könnten. Es sei nicht unmöglich, daß man ihnen hierbei Genugtuung gewähre. Die deutsche Schuld betrage 40 Mk. je Kopf der Bevölkerung, während die französische Bevölkerung 110 Fr. Schulden je Kopf zu tragen habe. Dr. Simons solle, ehe er die Reduzierung der deutschen Schuld verlange, sich diese Zahlen ansehen. Dann würde er auch aufhören, seine Landsleute aufzufordern, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen.

Pertinax schreibt im „Echo de Paris" über dasselbe Thema. Er schreibt, die Deutschen scheinen die Absicht zu haben, um ihrer Entschädigungspflicht zu genügen, den Alliierten die Anteilnahme an ihren Grubenwerken im Ruhrgebiet und in anderen Gebieten vorzuschlagen. Dies sei ein Vorschlag, wie ihn Frankreich bereits auch schon gemacht habe, als es vorschlug, sich an gewissen metallurgischen Unternehmen zu beteiligen. In diesem Falle setze man aber einem Vormarsch der französischen Truppen ein Hindernis entgegen.

Ferner schreibt Pertinax, es seien Gerüchte im Umlauf, daß Deutschland in New-York und Washington den Versuch machen werde, Anleihen zu erhalten. Diese Anleihen könnten bei dem gegenwärtigen Stande des Geldmarktes höchstens drei bis vier Milliarden Goldmark ergeben, das werde wiederum zu dem System der fünf Jahresraten zurückführen. Man dürfe aber, sagt Pertinax, die allgemeine Lösung des Entschädigungsproblems nicht unter dem Vorwande komplizieren, eine Teillösung vornehmen zu wollen. Insbesondere wendet sich Pertinax dagegen, daß Deutschland für eine derartige Anleihe Sicherungen geben wolle, die der Kontrolle Frankreichs entgehen könnten. Frankreich dürfe auf sein Kontrollrecht und gegebenenfalls auf das Recht des militärischen Druckes in keiner Weise Verzicht leisten. Die Alliierten würden das industrielle und kommerzielle Deutschland nur dann in einer Respektstellung halten können, wenn sie Einigkeit wahren würden.

Man soll den Deutschen in London das Recht geben, ihre Einwendungen vorzubringen, auch ihren Bedenken solle man Rechnung tragen, aber das, was festgelegt sei, dürfe man nicht wieder in Frage stellen, und man dürfe sich von den Deutschen nichts abhandeln lassen, und es dürfen auch keine separaten Verhandlungen einzelner stattfinden.

Auch das „Petit Journal" beschäftigt sich mit demselben Gerücht und der eventuellen Aufnahme einer deutschen Anleihe in Washington und New-York. Das Blatt führt aus, da vor dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Regierung solche Verhandlungen zu keinem Erfolg führen könnten und die Regierung ihr Amt nicht vor der zweiten Aprilhälfte übernehmen werde, so bestehe kein Anlaß zu einem Aufschub der Londoner Konferenz. In London müsse man in der ersten Märzwoche den Grundsatz der Einnahmen regeln, welche unabhängig von dem Problem seien, auf welche Weise die deutsche Schuld auf dem Weltmarkt begeben werden könnte. Wenn die deutschen Gegenvorschläge ernst zu nehmen seien, so würden sie auch ernsthaft geprüft werden. Die Aufgabe der Alliierten sei es, zu allen Versuchen lediglich Zeit zu gewinnen, zu verhindern.

Englands Programm

× London, 14. Februar.

Zu der am Dienstag stattfindenden Eröffnung des englischen Oberhauses wird der König eine Ansprache im Oberhaus halten, die auch im Unterhaus verlesen wird, in der er, wie „Manchester Guardian" schon zu berichten weiß, zu den verschiedenen schwebenden Fragen innen- und außenpolitischer Natur Stellung nehmen wird. Der König wird über das Uebereinkommen der Alliierten in der deutschen Entschädigungsfrage sprechen, das Gesetz zum Schutz der englischen Industrie befürworten und dagegen protestieren, daß die englische Industrien durch den billigen Wettbewerb des Auslandes benachteiligt werden. Dann wird er das irische Problem streifen, die Errichtung der zwei Parlamente in Irland und den Entschluß der Regierung, die Ordnung wiederherzustellen, verkünden. Die Arbeitslosengesetzgebung, einige Reformen des Oberhauses, die Aufhebung der Kontrolle im Kohlenhandel und die Aussichten über die Befreiung anderer Industrien aus der Regierungskontrolle sollen dann ebenfalls behandelt werden.

*

Veränderungen im englischen Kabinett. Amtlich wird aus London gemeldet: Der König hat die Rücktrittsgesuche von Milner und Long angenommen und die Ernennung Churchills zum Kolonialminister, Worthington Evans zum Kriegsminister, Lord Lee zum Marineminister und Griffith Boscawens zum Handwirtschaftsminister genehmigt.

Undankbar oder vergessen?

Von Syndikus Budjuhn, Hannover.
Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Die kommenden Wahlen haben eine besondere Bedeutung. Nicht etwa, weil gleichzeitig für den neuen preußischen Landtag, die Provinziallandtage und die Kreistage gewählt wird, sondern weil von ihrem Ausfall das Wohl und Wehe unseres lieben alten Preußens und seiner wertvollen Glieder, der Provinzen und Kreise, abhängt. Ist der Bestand Preußens gesichert, so haben wir auch die sichere Grundlage für das Reich. Wer also nicht haben will, daß einseitige Partei- und Futterkrippenpolitik länger die Oberhand behalten, der darf diesmal den Wahlen nicht fernbleiben. Oder soll wiederum Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit — wie schon oft — den Ausfall der Wahlen ungünstig beeinflussen? Niemand darf diese schwere Schuld auf sich laden, der sich noch ein Fünkchen Vaterlandsliebe bewahrt hat. Haben uns die Vorgänge seit der „glorreichen" Revolution, wo wir das „freieste" Volk (?) der Erde geworden sind, nicht deutlich genug gezeigt, daß viele unserer Volksgenossen unser gutes altes Preußen zersplittern möchten, nur weil sie in einem starken Preußen den Hemmschuh für ihre verderblichen Pläne sehen? Jedem müßte es nun endlich klar geworden sein, daß wir unser Preußen in alter Stärke behalten müssen, ein Preußen, in dem wieder Zucht und Ordnung herrscht, in dem jeder Volksgenosse seiner ehrlichen Arbeit in Ruhe nachzugehen vermag.

Darum wende ich mich in letzter Stunde an den gewerblichen Mittelstand, dem ich seit zwei Jahrzehnten unablässig zu dienen bestrebt war.

Ist es so schnell vergessen, daß die früheren Rechtsparteien stets für die Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes eingetreten sind? Und war es nicht vom Zusammentritt der preußischen Landesversammlung ab das ehrliche Bemühen der Deutschnationalen Volkspartei, den gewerblichen Mittelstand in seinem schweren Existenzkampfe beizustehen und ihm zu helfen?

Leider werden so gern die wahren Tatsachen verdunkelt, ja, man scheut selbst nicht davor zurück, die völlig abwegige Behauptung aufzustellen, daß die Deutschnationale Volkspartei ihre Pflichten gegenüber dem gewerblichen Mittelstand vernachlässigt hätte, hingegen die Interessen der Großagrarier und der Kapitalisten vertrete. Derartige Unwahrheiten kann nur jemand verbreiten, der dem politischen Getriebe fernsteht oder dem es auf eine unrichtige Behauptung mehr oder weniger nicht ankommt.

In auffälligem Gegensatz zur früheren Zeit ist der gewerbliche Mittelstand seit der verbrecherischen Staatsumwälzung von allen Parteien stark umworben worden. Was mag wohl der Anlaß zu dieser Wandlung sein? Ist es wirkliche Neigung, wahres Interesse für den gewerblichen Mittelstand, oder glaubt man mit ihm als notwendigem Uebel rechnen zu müssen, oder braucht man seine Gefolgschaft? Wenn man an die Vorkriegszeit denkt, so kann es nur eine der letzten Ursachen sein, nicht aber innere Neigung, wirkliches Interesse. Welche politischen Parteien waren es denn früher, die sich für den gewerblichen Mittelstand einsetzten?

Eine Reihe von Beispielen ließe sich nennen, hier seien nur wenige angeführt. So stimmten die früheren Linksparteien (heutigen Demokraten) 1871 gegen die zahlreich eingegangenen Handwerkerpetitionen, 1873 gegen die Gesetzentwürfe betreffend Errichtung von Gewerbegerichten und Bestrafung des Kontraktbruches, 1876/77 gegen 240 eingegangene Handwerkerpetitionen betreffend Förderung des Handwerks, Handels und Gewerbes, 1878 gegen die ersten Abänderungen der Gewerbeordnung, 1881 gegen die Novelle betreffend Rechte von Innungsmitgliedern, 1885 gegen die konservativen Anträge, die das Lehrlingswesen betrafen, 1881 bis 1884 gegen die Börsensteuergesetze, 1894 gegen Erhöhung der Börsensteuer und die Abschaffung der Mißbräuche bei den Abzahlungsgeschäften, 1896 gegen die Einschränkung der Börsenspekulation, der Konsumvereine, des Hausierhandels und Detailreisens und gegen die Besteuerung der Warenhäuser, 1897 gegen das Handwerkergesetz und gegen die höhere Besteuerung der Wanderlager und Wanderauktionen, 1900 gegen den Befähigungsnachweis im Baugewerbe, durch den die unlauteren Elemente ausgeschaltet und dem Bauschwindel der Boden entzogen werden sollte, 1905 gegen die Besteuerung der Konsumvereine, 1906 wiederum gegen die Regelung der Verhältnisse im Baugewerbe und gegen den Befähigungsnachweis, 1909 gegen Talonsteuer, Börsensteuer, Mühlenumsatzsteuer zum Schutze der kleinen Müller und der Landwirtschaft.

Diese Beispiele ließen sich noch beliebig ergänzen. Aber auch in den letzten Jahren hat die „wahre" Mittelstandsfreundlichkeit vielfach versagt. Als am 10. April 1919 in der preußischen Landesversammlung die Rechtsparteien das Verlangen stellten, endlich die sozialen beim Zusammentritt des Parlaments von dem deutschnationalen Abgeordneten Hammer und Genossen eingebrachten Mittelstandsanträge auf die Tagesordnung zu setzen, da blieb es dem demokratischen Abgeordneten Adams-Oberlahnstein vorbehalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102151-12/fragment/page=0001

den wessen Ausspruch zu tun, „daß man mit solchen Sachen nicht die Zeit des Parlaments vertrödeln solle".

Der deutschnationale Abgeordnete Bezirksschornsteinfegermeister **Conradt**-Breslau hatte vollkommen recht, wenn er bei Gelegenheit der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung ausführte, „der Sand in die Mühle der Mittelstandspolitik ist von der Sozialdemokratie und von der Linken hineingeschüttet worden, so daß die deutschnationale Mittelstandspolitik die volle Kraft der Gesetze nicht zur Geltung bringen konnte, wie wir Deutschnationalen es gewünscht hatten."

Ich kann nur aus genauer Kenntnis der Dinge betonen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei das Bewußtsein hat, ihre Pflichten dem gewerblichen Mittelstand gegenüber nach bestem Können erfüllt zu haben. Sie hat aber nicht immer die volle Unterstützung aller Parteien gefunden. Wie konnte sie diese auch finden, wenn beispielsweise der sozialdemokratische Abgeordnete **Woldt** die Bewegung des Mittelstandes in die Worte kleidete: „Der Unternehmer steht jenseits aller Moral, jenseits alles Verantwortlichkeitsgefühls".

Um so mehr ist es tief beklagenswert, daß sich in unserer Zeit Leute finden, die zu den vorhandenen Parteien noch neue hinzufügen müssen. Soll es denn wirklich heißen: „Ich kenne keine Deutschen mehr, ich kenne nur noch Parteien?" Was soll u. a. eine selbständige „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes"? Ist man sich nicht darüber klar, daß in einer solchen Partei die darin zusammentretenden Bevölkerungskreise niemals zusammengehalten werden und eine gesunde **gemeinsame** Politik treiben können? Oder glaubt man im Ernst, daß, wenn es gelänge, eine Anzahl der von dieser Partei aufgestellten Kandidaten zu wählen, daß dann für den gewerblichen Mittelstand eine neue bessere Zeit anbrechen würde?

Weit gefehlt! Dem gewerblichen Mittelstand wird viel mehr geholfen, wenn er sich einen größeren Einfluß in den bestehenden politischen Parteien verschafft, als durch solche Eigenbrödelei. Sie bringt es höchstens zu Wege, daß die von den politischen Parteien aufgestellten Mittelstandskandidaten bei der Wahl unterliegen müssen, nur weil ihre eigenen Kollegen ganz überflüssige Zersplitterungen herbeiführen.

Darum fort mit allen Sonderbestrebungen, unterstützen wir die Ordnungspartei, die nicht nur die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes in seiner früheren herrlichen Gestalt erstrebt, sondern auch die Erhaltung, Stärkung und Förderung des Mittelstandes in Stadt und Land als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet.

Soll nicht der Vorwurf der Undankbarkeit gegen den gewerblichen Mittelstand erhoben werden, so ist am 20. Februar die beste Gelegenheit gegeben, Treue um Treue zu beweisen.

Gegen die Auflösung des Preußischen Landesökonomiekollegiums

hat der Engere Vorstand des **Reichs-Landbundes** folgende Entschließung gefaßt:

„Wider Recht und Gesetz ist durch Kabinettsbeschluß das Preußische Landesökonomiekollegium, das Gesamtorgan der preußischen Landwirtschaftskammern, aufgelöst worden, obgleich seine etwaige Auflösung allein auf dem Wege der Gesetzgebung durch die preußische Landesversammlung hätte erfolgen dürfen.

Das preußische Landesökonomiekollegium hat mehr als zwei Menschenalter hindurch sachliche und fruchtbringende Arbeit für den Fortschritt und das Gedeihen der preußischen und damit auch der deutschen Landwirtschaft geleistet.

Die ungesetzliche, gewaltsame Auflösung des Landesökonomiekollegiums reißt ein wesentliches Glied aus der Selbstverwaltung des landwirtschaftlichen Berufsstandes und wird von den preußischen Landwirten als Entrechtung und Herausforderung empfunden. Der Reichs-Landbund protestiert deshalb aufs schärfste gegen den verfassungswidrigen Auflösungsbeschluß und fordert, daß er schnellstens wieder rückgängig gemacht wird. Er verlangt, daß das preußische Landesökonomiekollegium bestehen bleibt, bis eine Hauptlandwirtschaftskammer geschaffen ist, die die Aufgaben des Oekonomiekollegiums übernehmen kann."

Der Fall Hiller. Vor dem Schwurgericht in Berlin hat die Verhandlung gegen den Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung mit tödlichem Ausgang des Kriegsfreiwilligen Helmhak begonnen.

Polizeischutz für den 20. Februar

Minister **Severing** hat an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Im Hinblick auf die am 20. d. M. stattfindenden Wahlen zum Preußischen Landtag usw. ersuche ich, die Polizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die **ungestörte Durchführung des Wahlgeschäftes** und auch im Falle darauf folgender Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten."

Dieser Aufforderung an den Regierungspräsidenten sollte es eigentlich in einem modernen Rechtsstaate nicht bedürfen. Seitdem indessen aus Deutschland und aus Preußen Republiken gemacht worden sind, hat die tiefsehende Unruhe der Geister schon wiederholt Formen angenommen, die die Aufbietung besonderer Sicherheitsmaßnahmen gerade bei solchen Anlässen erzwangen, bei denen sonst eine gewisse Feierlichkeit sich geltend zu machen pflegte. Die Wahlen für die Nationalversammlung wie auch die Reichstagswahl im vorigen Juni sind im allgemeinen vollkommen ruhig verlaufen, nachdem die Entschlossenheit der Regierung, etwaige Ausschreitungen sofort im Keime ersticken zu lassen, erkennbar geworden war. Auch für den bevorstehenden Wahlsonntag am 20. Februar machen sich hier und da, insbesondere in den dichtbevölkerten Industriegebieten, bedenkliche Anzeichen bemerkbar, so daß der Erlaß des Ministers Severing ganz gewiß nicht als überflüssig bezeichnet werden kann. In der Zwischenzeit ist aber auch die Aktionslust der Radikalen erheblich gewachsen, und wenn Herr Severing schon jetzt die Möglichkeit „darauffolgender Bewegungen" ins Auge faßt, so weiß jeder Kundige, was damit gesagt sein soll. Für das wahlberechtigte Bürgertum ein Grund mehr, von seinem Stimmrecht in dem Sinne Gebrauch zu machen, daß die Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Preußen fortan wieder in solche Hände gelegt werden kann, die sich auf das verantwortungsvolle Geschäft des Regierens auch wirklich verstehen.

Die neue Beamtenbesoldung

w. Berlin, 14. Februar.

Seitdem an die Stelle der bisherigen einheitlichen Teuerungszulagen nach Ortsklassen gestaffelte Teuerungszulagen getreten sind, ist die Frage eines neuen Ortsklassenverzeichnisses naturgemäß erheblich in den Vordergrund gerückt. Es ist selbstverständlich, wenn von allen Seiten auf schleunige Fertigstellung eines neuen Verzeichnisses gedrängt wird andererseits darf jedoch nicht vergessen werden, daß es sich um eine äußerst umfangreiche Arbeit und eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit handelt, die eine überstürzende Bearbeitung nicht verträgt. Die Vorarbeiten stehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für die Orte unter 10 000 Einwohner sind größtenteils eingegangen, so daß demnächst die in Aussicht gestellten Besprechungen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen begonnen werden können. Nach deren Beendigung wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanzministerium mit größter Beschleunigung fertiggestellt und dem Reichsrat und dem Reichstag zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

Die bayrische Note

w. Berlin, 14. Februar.

Das gestern durch den bayerischen Gesandten dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. d. M. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen zu müssen glaubt, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung überlassen.

Der Prozeß gegen die Führer der Roten Armee

b. Kassel, 14. Februar.

Heute vormittag hat im Gebäude des Schwurgerichts vor dem Sondergericht beim Reichswehrgruppenkommando II gegen die im Januar d. J. im Ruhrrevier verhafteten Mitglieder und mutmaßlichen Führer der Roten Armee der Prozeß begonnen. Zur Erhebung der Anklage war, da man auch Waffen beschlagnahmt hatte, die Erfassungsabteilung des Reichsschatzministeriums herangezogen worden, und so war ein Beamter des Referates E des genannten Ministeriums nach Kassel entsandt worden, der zusammen mit dem Sondergericht die nötigen Vorermittlungen leitete. Es gelang durch Beobachtung von bereits gewisse Verbindungen zwischen dem Ruhrrevier und Berlin zu erkennen und durch längere Beobachtungen konnte schließlich festgestellt werden, daß sich im Ruhrrevier eine Zentrale befand, in der bei einer Haussuchung umfangreiches Schriftstücke gefunden wurden, aus denen hervorgehen soll, daß, mindestens für das Ruhrrevier eine weitverzweigte militärische Organisation bestehe, die unter der Leitung der Vereinigten Kommunistischen Partei steht, und die auf ein gegebenes Zeichen hin einen bewaffneten Aufstand im Ruhrrevier inszenieren soll.

Ein größeres Aufgebot von Schutzleuten sorgt im Gerichtsgebäude für Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Angeklagten, von denen sechs aus der Haft vorgeführt werden, stehen durchweg im Alter von 20 bis 30 Jahren.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Rechtsanw. Dr. Wolff in dreiviertelstündigen juristischen Ausführungen, das außerordentliche Gericht für unzuständig zu erklären. Er bedeutete sich zunächst der schon aus den Berliner Prozessen bekannten Einwände gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die eigentlich gegen die Rechtsverbände gerichtet sei. Rechtsanw. Dr. Sodtke schloß sich dem Antrage und den Darlegungen seines Mitverteidigers an.

Staatsanwalt Dr. Meyer betonte demgegenüber, daß die Staatsanwaltschaft sich die erdenklichste Mühe gegeben habe, auch gegen die Rechtsverbände vorzugehen. Es habe sich aber ergeben, daß die gegen sie erhobenen Vorwürfe von der Linkspresse so aufgebauscht und entstellt worden seien, daß bei genauer Prüfung nichts davon übrigbleibe, wie z. B. im Fall des Jungdeutschen Ordens. Auf der anderen Seite aber schießen die roten Organisationen wie Pilze aus der Erde. Staatsanwalt Dr. Meyer hat dann um Aussetzung des Antrages, da, wie er erklärte, außergewöhnliche Zeiten auch außergewöhnliche Mittel erforderten.

In einer kurzen Duplik erwiderte Rechtsanwalt Dr. Wolff ziemlich erregt, daß man bei den Haussuchungen, die bei den Mitgliedern der Linksparteien vorgenommen würden, selbst den kleinsten Zettel finde, während die Waffenlager der Orgesch und der anderen Rechtsverbände von der Polizei selten oder fast nie ermittelt würden.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Antrag der Verteidigung abzulehnen und sich für zuständig zu erklären.

Das Programm des Reichswirtschaftsrats. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird am 23. Februar und folgenden Tagen wieder zu einer Reihe von Plenarsitzungen im Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses zusammentreten. Neben der Wahl des zweiten geschäftsführenden Vorsitzenden an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Lenzen wird das Plenum zu den Pariser Beschlüssen und zur Londoner Konferenz Stellung nehmen. Weiter stehen folgende Gegenstände beschäftigen: Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, Anträge des Finanzpolitischen Ausschusses zum Einkommensteuergesetz und zum Reichsnotopfergesetz, Antrag v. Richthofen wegen Steuerleistungen für die durch den Krieg betroffenen Gebiete, Antrag Dr. Stegemann auf Einsetzung eines Ausschusses für die Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte, Gesetzentwurf wegen Zustimmung zu den in Washington abgeschlossenen Uebereinkommen über die Beschäftigung der Wöchnerinnen, über die Festsetzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich und über die gewerbliche Nachtarbeit der Jugendlichen, Gesetzentwurf über die Einsendung von Betriebsratsmitgliedern an den Aufsichtsrat.

10½ Milliarden Mark Ergänzungsforderungen. Nach einer Uebersicht zum letzten Ergänzungsetat, die dem Reichstage zugeht, betragen die Mehrforderungen dieses Ergänzungsetats allein 10 656 804 700 Mark, von denen nur 163 805 000 Mark gedeckt sind. Auf Anleihe sind also 10 492 999 700 Mark zu übernehmen. Die Neuforderungen basieren auf Gehaltserhöhungen, Preissteigerungen, Verbilligung von Lebensmitteln, Entschädigungen, Erwerbslosenfürsorge, Forderungen aus dem Friedensvertrage.

Wieder ein Luxemburger. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." ist der Luxemburgische Staatsanwalt Viktor Berg zum Generalstaatsanwalt des Saargebiets ernannt worden. Dies ist bereits der zweite Luxemburger, der binnen eines Monats zu einem wichtigen Posten im Gerichtswesen des Saargebiets berufen worden ist.

Schwere Explosion. Eine verheerende Explosion hat sich aus unbekannter Ursache Sonnabend nachmittag kurz vor Schluß der Arbeitszeit in der an der Straße Leichlingen-Ohligs gelegenen Feuerwerkskörperfabrik von Lumberts u. Co. in Düsseldorf ereignet. In der Fabrik werden Zündplättchen für Kinderpistolen hergestellt. Durch die Explosion ist ein Betriebsführer und 10 Arbeiterinnen getötet und 7 Mädchen schwer verletzt worden. Die Fabrik ist fast vollständig zerstört, die umliegenden Häuser und der benachbarte Wald schwer beschädigt.

Die Erbin von Lohberg

72] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Nicht nur dem Namen nach," fiel Windmüller ein. „Ich kenne ihre jetzige Besitzerin, die mir den wunderbaren Palast, den Michelozzo für Giuliano de Medici erbaut, Lorenzo des Prächtigen Lieblingsresidenz, vor ein paar Jahren zeigte, mich die herrliche Aussicht auf die vom Silberband des Arno durchzogene Florentiner Ebene von der köstlichen Terrasse sehen, in den Gärten mit ihren uralten, feierlichen Zypressen handeln ließ und mir damit einen langgehegten Wunsch erfüllte. Polizian, der Dichter, Lorenzos Freund, beschreibt den herrlichen Ort so treffend in den eleganten lateinischen Versen:

„Hic resonat blando tibi pinus amata susurro;
Hic vaca conifera imbibiat aura cupressis;
Hic scatebris salit, et brillantibus ineita venis
Pura colorates interprutit unda lapillo — —
Talia Faesuleo lentus meditabar in antro.
Rure suburbano Medicum, qua mons sacer urbem
Maeoniam, longique volumina despicit Arni,
Qua bonus hospitium felix, placidamque quietem
Indulget Laurens, Laurens non ultima Phoebi
Gloria jactatis Laurens fida anchora Musis.'

Hier tönet dir lieblich der Pinien schmeichelndes Säuseln,
Hier streichet der Lufthauch liebkosend durch hohe Zypressen,
Hier sprudeln die Brunnen und rauschend eilen die Wellen,
Kristallhellen Gischt spürtbend, hin über farbige Steine — —
Also lodet dich Fiesole ein zu beschaulicher Ruhe.
Ländlicher Vorort der Medici, heiliger Berg, der herabschaut,
Wo sich des Arno Band langsam hinzieht durch die Ebene,
Wo als glücklicher Wirt in friedsamer Stille Laurentius,
Lorbeergekrönt, den prahlenden Ruhm des Apollo
Verdunkelt, weil treu den Musen, den Lorbeer er ihnen dort pflegt.)

(Uebers. v. Verf.)*)

*) Anmerkung: Die beiden letzten Zeilen sind wörtlich durch das Wortspiel „Laurens" nicht wiedergegeben, nur ungefähr dem Sinne nach.

„Wunderbar, daß Sie bei Ihrem Berufe noch Verse auswendig lernen können!" rief Oakburn aus.

„Jeder Beruf gleicht einer Wüste, und in jeder Wüste finden sich Oasen. Wehe dem, der an ihnen verbundenen Auges vorübergeht und von dem Quell nicht trinkt, der ihn vor Verknöcherung bewahrt," erwiderte Windmüller. „Verzeihen Sie, daß ich Sie mit meinen poetischen Erinnerungen unterbrochen habe. Warum also hat der Besuch der Villa Medici Ihnen den Genuß an Fiesole verdorben."

„Mein Vetter, von dem ich Ihnen gestern erzählte, hat dort auf der Hochzeitsreise mit seiner so schmählich dahingemordeten Frau eine Zeitlang geweilt. Die jetzige, Ihnen auch bekannte Besitzerin ist eine Freundin der Herzogin von Farnborough, und hatte das junge Paar zu sich eingeladen. Sie hat mir gestern noch soviel von dem jungen Glück der beiden erzählt, mir geschildert, wie sie ganz füreinander geschaffen schienen, daß die Erinnerung an die Tragödie, welche schon im Hintergrund ihres Honigmondes als ein drohender Schatten stand, mich wiederum mit einer Gewalt ergriff, die mir die ganze Freude an dem herrlichen Fiesole zerstörte. Man muß sich das nur vorstellen: erst der Unfall, der diese schöne, blühende, glückliche junge Frau zum lebenslänglichen Krüppel machte, um dann durch die Hand, die sie pflegen sollte, getötet zu werden, — — es ist geradezu herzzerreißend!"

„Das ist es; und dazu ein Beitrag zur Geschichte der Verirrungen des menschlichen Herzens durch die Leidenschaft, die unbeherrschte", sagte Windmüller mit aufrichtiger Teilnahme; es berührte ihn sehr sympathisch, daß Lord Oakburn, trotzdem er durch diese Familientragödie bereichert worden war, das Menschlich-Ergreifende daran so warm empfand. Und nach einer Pause tat er die Frage, die einzuflechten er die Gelegenheit abgewartet: „Weiß man, wodurch, oder womit Lady Oakburn getötet wurde?"

„An'angs glaubte man, daß ein verhängnisvoller Irrtum bei der Zubereitung einer Medizin die Schuld getragen," erwiderte Oakburn. „Meine Cousine hatte sich eine Erkältung zugezogen, und der Arzt hatte ihr gegen den dabei auftretenden, lästigen Husten Codein mit Bittermandelwasser verordnet. Bei uns haben viele Aerzte, besonders die auf dem Lande, ihre eigenen „Dispensaries", sie sind ihre eigenen Apotheker. Der Oakburner Arzt hatte das Mittel also selbst zubereitet und kam nun in den Verdacht, daß er sich dabei vergriffen und statt des Bittermandelwassers eine durch den Geruch sehr ähnliche Blausäurelösung genommen hätte. Er konnte aber nachweisen, daß ein solcher verhängnisvoller und leichtfertiger Irrtum nicht vorlag, trotzdem die Autopsie ja nachgewiesen, daß die Kranke mit Blausäure vergiftet worden war; denn sein Assistent beschwor, daß die Apotheke des Arztes dieses Gift zur Zeit überhaupt nicht enthalten hatte, daß es, wenn es vorhanden war, unter Verschluß gehalten wurde, und er selbst ihm das Bittermandelwasser bei der Zubereitung der Medizin zugereicht. Hatte nun schon vorher die heimliche Entfernung der Pflegerin Aufsehen erregt, so fiel der Verdacht der Täterschaft nun ohne Rücksicht auf sie, und damit war der Moment gekommen, der meinen Vetter zu der Erklärung veranlaßte, daß er der Täter sei; er selbst habe der Medizin für seine Frau das Gift zugesetzt, die Pflegerin habe es ihr am Abend vor dem Einschlafen gereicht, und, die tödliche Wirkung sehend, sei sie dann im Entsetzen vor der Tat und deren Urheber entflohen."

„Ja, so sagten Sie gestern schon," bemerkte Windmüller. „So wie ich die Sache ansehe, ist meiner Meinung nach die Pflegerin die Schuldige; ich glaube nämlich nicht, daß sie aus Entsetzen vor dem Täter, sondern vor seinem Entsetzen über ihre Tat entflohen ist. Er mag ihr ja vielleicht großmütig zur Flucht verholfen haben, bei der sie nicht vergessen hat, die Familienerbstücke, ihre „Geschenke", mitzunehmen; vielleicht hat er auch die schwache Hoffnung gehegt, daß trotz allem und allem ein Verfehlen bei der Zubereitung der Medizin doch stattgefunden haben könnte, und erst, als er erkennen mußte, daß dem nicht so war, ist er mit seiner eigenen Ehre und seinem Leben für sie eingetreten, weil sein Gewissen ihm möglicherweise vorgeworfen hat, daß irgendein mitzuverstandenes Wort von ihm die unglückselige Triebfeder zu der Tat geworden ist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102151-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 15. Februar.

Der Wahlschein

Die Anträge müssen spätestens bis zum 18. Februar eingereicht werden.

Wie bei den letzten Reichstagswahlen wird der Wahlschein auch bei der bevorstehenden Preußenwahl Verwendung finden. Geltung kommt er nur für die Landtags-, nicht für die gleichzeitig stattfindenden Provinzial- und Kreistagswahlen u. Bezirkstag. In der Landtagswahlordnung sind genaue Wahlscheinbestimmungen gegeben, aus denen hier das wichtigste wiedergegeben werden soll.

1. Wahlscheine werden von der Gemeindebehörde des Wohnortes (bei einem nach dem 30. Januar erfolgten Umzug von der Gemeindebehörde des früheren Wohnortes, auf Antrag ausgestellt und treten an Stelle der Eintragung in die Wählerliste. Ihre Inhaber eines Wahlscheines kann in jedem beliebigen Wahllokal in Preußen sein Wahlrecht ausüben.

2. In der Wählerliste oder Wahlkartei eingetragene Wähler werden auf Antrag mit einem Wahlschein versehen, wenn sie in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-)Angelegenheiten am Tage der Wahl ihren Wohnort abwesend sind oder während vorübergehender Abwesenheit nicht wählen können.

Dasselbe gilt für diejenigen, die sich am Wahltage zu Kur- und Erholungszwecken außerhalb ihres Wohnortes aufhalten. Wer infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist, kann gegebenenfalls durch einen Wahlschein die Möglichkeit erhalten, ihm für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen.

3. Verlegt ein Wähler nach Ablauf der Frist zur Ausfertigung der Wählerliste seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen.

4. Nicht in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragene Reichsdeutsche können doch noch einen Wahlschein erhalten, wenn der Grund ihrer Nichteintragung (z. B. infolge des Wahlrechts bei Soldaten) nachträglich wegfallen ist, oder wenn sie nachweisen, daß sie ohne ihr Verschulden nicht rechtzeitig Einspruch erhoben haben. Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Auslegungsfrist ihren Wohnort in das Ausland verlegt haben, werden auf Antrag ebenfalls mit einem Wahlschein versehen.

Die Anträge auf Ausstellung eines Wahlscheins müssen spätestens bis zum 18. Februar bei der zuständigen Gemeindebehörde eingereicht werden. Mit Rücksicht auf die starke Belastung der Behörden vor den Wahltagen empfiehlt es sich, die Angelegenheit nicht auf die lange Bank zu schieben und die Ausstellung der Anträge rechtzeitig zu beantragen, wenn man nicht Gefahr laufen will, aus Mangel eines Wahlscheins seines Wahlrechtes verlustig zu gehen.

— **Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.** In der letzten Sitzung, die im Zoologischen Institut der Universität stattfand, sprach Herr Privatdozent Dr. Alverdes über die Anpassung der Planktontiere an das Wasserleben. Konserviertes Material, Bilder und Skizzen ergänzten den interessanten Vortrag. Zunächst besprach Redner die Begriffe der Zweckmäßigkeit und der Anpassung. Er betonte, daß es eine Verarmung unserer Vorstellungswelt bedeuten würde, wenn wir die Betrachtung der in der Natur uns auf Schritt und Tritt begegnenden Zweckmäßigkeiten ganz aus der Forschung verbannen und nur mehr die Erörterung mes- und wägbarer Ursachen und Wirkungen zulassen wollten, wie dies die streng mechanistische Richtung fordert. Nachdem kurz der verschiedenen Theorien gedacht worden war, die die Zweckmäßigkeit in der belebten Welt erklären sollen, wurde genauer auf die mannigfachen Anpassungen der Planktontiere an ihr heimisches Element eingegangen. Im „Plankton" tut sich eine auch dem Laien hochinteressante Wundermelt kleiner und kleinster pflanzlicher und tierischer Lebewesen auf, die sich entweder aktiv durch das sie umgebende Wasser bewegen oder sich auch willenlos von der Strömung treiben und tragen lassen. Die Planktonten mit Eigenbewegung hat Haeckel auch mit „Nekton" bezeichnet. Zuerst hat sich Johannes Müller um 1845 mit der interessanten Lebewelt eingehender beschäftigt, die je nach der Art und Tiefe des Wassers höchst verschieden sein kann. Wichtig ist es für die Forschung, dem Problem der Schwebfähigkeit der Organismen nachzugehen, die an sich meist schwerer als das Wasser sind. Nun gleich an spezifischem Gewicht oder leichter können sie durch Gehalt an Fett, Oeltropfen oder Gasen werden. Auch Oberflächenvergrößerung durch Schwimmblasen, Schwebfortsätze oder Borsten kommen den Planktonwesen zu statten. Freilich können solche Schwebhilfen der Eigenbewegung auch hinderlich werden. Bei einem Kleinwesen (Ceratium tripos) beobachtet man die merkwürdige Erscheinung, daß es beim Kälterwerden des Wassers sich der Schwebfortsätze als unnötig entledigt; diese bilden sich in wärmerem Wasser wieder aus. Eine Vertreterin der Röhrenquellen (Velella) hat ein luftgefülltes Segel ausgebildet, durch das sie weitergetrieben wird. Bei Kleinkrebsen findet man Oeltropfen als Schwebmittel, manchmal auch Fiederborsten, und auch die Jugendformen der größeren Krebse haben Schwebstacheln. Die Tintenfische bewegen sich durch den Rückstoß des ausgepreßten Atemwassers, wobei die Atemeinrichtung durch die Haltung des Ausstoßrohres geändert werden kann. Wirbeltiere bewegen sich meist aktiv im Wasser, nur die Eier dagegen treiben rein passiv dahin; manche tragen auch Schwebvorrichtungen. Hochinteressant ist die Wechselbeziehung zwischen Aune und Ruderfüßen (Antennen) bei dem bekannten Wasserfloh (Daphnia), was der Vortragende ausführlich darlegte. Mannigfaltige Gebilde hat man sich über die Anpassung und Zweckmäßigkeit der Färbung der Planktontiere gemacht, ohne jedoch zu überzeugenden Ergebnissen gelangt zu sein. Ze tiefer der Forscher überhaupt in das mannigfache Leben der Natur eindringt, um so mehr wird es ihm klar, daß nach viele Probleme der Lösung harren und die Weltweisheit längst nicht gelöst sind.

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Der öffentliche Vortrag „Die Religion der Vorzeit, insbesondere die der Germanen" von Professor Hahne (Eintritt frei), findet am Mittwoch, 16. Februar, nicht Dienstag, 15., im Provinzialmuseum (Wettiner Platz) statt.

— **Passionsfeier in der Bartholomäuskirche.** Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, Liturgische Passionsfeier in der Bartholomäuskirche. Mitwirkende: Organist Henkel, Frl. Kirchenburg, Gymnasiast Mak, Kirchenchor Bartholomäus. Es kommen Orgelstücke von J. S. Bach und Friedemann Bach, Gesänge aus der Matthäuspassion, das Ave verum von Mozart u. a. Anschl. Vortrag.

— **Superintendent Guhr †.** In Nernburg starb an einer schweren Grippenerkrankung der Superintendent Ludwig Guhr. Der Verstorbene hat sich um die Wachsthumsbewegung der Reichsdeutschen an dem Geschick unserer Brüder in Ostpreußen dauernde Verdienste erworben. Er war seit vielen Jahren Schriftführer des Vereins für deutschevangelische Arbeit in den Schutzgebieten und im Auslande, sowie Mitarbeiter und Herausgeber der Mitteilungen des Vereins. Neben seiner amtlichen Tätigkeit und seiner Arbeit für das Deutschtum widmete sich sein lebhafter Geist gern psychologischen und philosophischen Problemen zu. Jedoch hat er auf diesem Gebiete nichts veröffentlicht. Mit ihm ist nicht allein ein vorbildlicher Geistlicher von uns geschieden, sondern auch ein begeisterter Vorkämpfer deutscher Art und deutscher Kultur in Wort und Beispiel.

— **Kunstausstellung Tausch und Grosse.** Zum Anschluß an die kürzlich erfolgte Besprechung der Gemälde Professor Max Nabes sei heute den Arbeiten des Münchener Graphikers Willi Geiger ein kurzes Wort gewidmet. All' sein Schaffen neigt zum Abstrakten. Aus der überreichen Fülle seiner Phantasie drängen sich ihm die Einfälle zu, die er, in klarer Sonderung des Wesentlichen vom Nebensächlichen, zum Bild, meist sogar darüber hinaus zum Symbol gestaltet. Am klarsten zeigt sich das bei dem Mappenwerk „Die Verwandlungen der Venus", das er in Anlehnung an Dehmelsche Verse geschaffen hat. Diese zu lesen oder zu hören ist ja ohne Zweifel schon allein ein Genuß, aber das tiefe Einfühlen in den Stimmungsgehalt der Dichtung und das Umsetzen ins Figürliche ist ein Meisterwerk. Genau so künstlerisch ist eine Sammlung von „Exlibrisradierungen", die zu dem Vollendetsten gehört, was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, denn die einzelnen Blätter stehen in unmittelbarer Beziehung zu ihrem Besitzer und trotz vieler Andeutungen und seltscher Momente bleibt stets der dekorative Ausdruck gewahrt. Am einsöhlen verständlich wirkt vielleicht das für Wolfgang Geiger, einen Musikmeister, mit den aufsteigenden Kurven, die sich zu einem seltsam gestalteten Stab verbinden, auf dem die sinnende Figur des Meisters thront. Dehmels Wesen, seine Lyrik, sie scheinen in diesem kleinen Bildchen konzentriert und in die Sprache des Graphikers übersetzt. — Der Zyklus „Liebe" behandelt das Motiv der „Venus Pandemos" nach allen Richtungen und mit all ihren Begleiterscheinungen, ein Zug, der in der modernen Kunst leider viel zu stark betont wird; anstatt nach aufwärts zu zeigen, wühlt man in den Tiefen. Die Novelle Prosper Mérimées, „Carmen", gab den Stoff zu einem Mappenwerk gleichen Namens; es sind meist bekannte Motive, wie sie uns aus Bizets Oper geläufig sind. „Florenz" betitelt sich eine Folge von Radierungen, die Momentbilder eines Reiseaufenthalts geben wollen. Eine besondere Vorliebe für den „Stierkampf" verrät eine Bilderserie und Einzelblätter, die den Torero allein und im Gefecht mit seinen gehörnten Gegnern darstellen gut im Raum gesehen, wohlabgewogen nebeneinandergesetzt in beweglichen Gruppen und lebendiger Natürlichkeit, oft auch in das Typische, Symbolische erhoben. Weitere Einzelblätter mit klarer, straffer Linienführung und Hervorhebung des Wesentlichen vervollständigen die reiche Auswahl der ausgestellten Werke. — Einer besonderen Beachtung seien diesmal auch die Schaufenster empfohlen: Zwei Gemälde von Prof. Eschwege und vor allem die wundervolle Bronze von A. Berger „Lebensfreude", ein in allen Teilen wohlproportionierter Frauenkörper von vollendeter Bewegung und Ausdruck der von ferne an Fidus „Lichtgebet" erinnert.

Ehrhard Evers.

Familien-Nachrichten.

— **Vermählung:** Willy Möllmann mit Pauline Weißhuhn.

— **Todesfälle:** Am 13. Februar General Müller. — Am 12. Februar Edwin Hentschel im 1. Lebensjahr. — Am 12. Februar Friseur Erich Kriniß im 30. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

g. **Aus der Elster- und Luppenaue,** 14. Februar. (Der plötzliche Wettersturz), welcher im Ueberschwemmungsgebiet Eisbildungen zeitigt, richtet doch verschiedenen Schaden an. Die Eismassen heften sich an die jungen Triebe und Zweige der Anpflanzungen verschiedener Art an und brechen beim Fallen des Wassers mit diesem zusammen. Auch an jungen Bäumen verursacht das Eis Schaden an der Rinde und beeinträchtigt das Wachstum und die Weiterentwickelung. Ueberflutete Saatfelder, auf denen das Wasser länger steht und sich Eis bildet, gelten als verloren.

— **Weißenfels,** 13. Febr. (Ein gutes Mittel gegen Erpresser.) Verschiedene Bürger erhielten in der letzten Zeit Drohbriefe von Erpressern, wonach die betreffenden Empfänger an einem bestimmten Ort größere Summen niederlegen sollten. Mit Hilfe der Polizei wurden nun Briefe dort hingelegt, und zwar so, daß beim Fortnehmen des Briefes eine Explosion erfolgte. Diese war für die Polizei das Zeichen zum Zugreifen, und die Erpresser konnten auf diese Weise festgenommen werden.

— **Helmstedt,** 14 Februar. (Einer verbrecherischen Tat fiel der Landwirt Braune im benachbarten Morsleben anheim. Vor einigen Tagen wurden dem B. die sämtlichen vom Einschlachten herrührenden Würste gestohlen. Ein auf die Spur gesetzter Polizeihund verfagte. Die vorliegenden Verdachtsmomente wiesen jedoch auf Leute in Ostingersleben. Braune machte sich daher mit dem Gendarmeriewachmeister aus Wefensleben auf den Weg nach Ostingersleben und überraschte die vier Einbrecher denn auch dort, wo er sie vermutete, in einem Zimmer auf einem Gutshofe, in dem sie beherbergt sind. Als B die Tür öffnete und er erkannt war, wurde sofort auf ihn geschossen und ihm ein Kopf- und ein Beinschuß beigebracht. Er befindet sich hier im Krankenhause Marienburg. Die Verbrecher konnten festgenommen werden.

— **Soldorf,** 14. Februar. Ein menschliches Opfer der Maul- und Klauenseuche.) Durch die hier noch nicht amtlich erloschene Maul- und Klauenseuche war die 16jährige Tochter Martha des Maurers Arno Voigt auf irgendeine Weise angesteckt worden und ist nun unter schweren Krankheitserscheinungen trotz aller Bemühungen gestorben.

— **Dornheim,** 14. Februar. (An der Jauchegrube umgekommen.) Der auf der Domäne Dornheim beschäftigte Schweizer wollte gemeinsam mit dem Oberschweizer eine Probe von der Jauchegrube nehmen. Dabei fiel er auf bisher unaufgeklärte Weise in die etwa vier Meter tiefe Grube. Obgleich ihr sein Arbeitskollege sofort aus der lebensgefährlichen Lage befreien wollte, gelang ihm nur, den jungen Mann als Leiche zu bergen.

— **Gotha,** 13. Febr. (Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien.) Zu den am 6. März stattfindenden Neuwahlen einer Gebietsvertretung für den Freistaat Gotha, welche durch die auf Antrag der Gothaer Regierung seitens der Thüringer Landesregierung erfolgte Auflösung des Landtages erforderlich geworden sind, haben die vier nichtsozialdemokratischen Parteien ein Uebereinkommen dahingehend getroffen, daß die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und die Demokratische Partei eine gemeinsame Liste aufgestellt haben, auf welcher die Kandidaten dieser Parteien nach Maßgabe ihrer früheren Stärke im letzten Landtage vertreten sind. Dieser gemeinschaftliche Wahlvorschlag führt den Namen Gothaer Heimatbund.

Kleine Provinznachrichten

Mit Aetzkali und Salzsäure haben sich in Oschersleben ein 23jähriges Dienstmädchen, eine Ehefrau und ihre 12jährige Tochter vergiftet. Alle drei sind im Krankenhause gestorben. * Die Osterwieker Sparkasse hat im abgelaufenen Rechnungsjahr eine Zunahme der Spareinlagen um 2 Millionen Mark zu verzeichnen. * Die Pfarrstelle von St. Ottmar in Naumburg erhielt der Pfarrer Hagen in Halle a. S. * Vom Eprenzen „Leitholze" bei Altstedt wurde etwa Kreis der ein Arm abgerissen und das Augenlicht schwer gefährdet. * Eine Bäckervereinigung Thüringens soll unter Einbeziehung der bereits bestehenden Bäckerverbände in den Thüringer Staaten sofort begründet werden. * Die unregelmäßigen Verhältnisse, die in Waltershausen zwischen einem Teile der Bürgerschaft und dem Bürgermeister bestehen, haben diesen dazu veranlaßt, sich bis zur Klärung der Sache beurlauben zu lassen.

Volkswirtschaft

Die Häutepreise

Gattung	1.7.1920	1.10.1920	1.1.1921	1.2.1921	12.2.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Großviehhäute per Pfund	8—10	11—14	8—12	7—10	6½—9½
Rohhäute o Stück	120—200	250—350	200—320	150—220	120—250
Kalbfelle per Pfd.	7½—10½	13—16	12—15	10—13	10—12
Schaffelle per Pfd.	8—10	9	5—7	5—6	5—6

Die Lederpreise

Gattung	1.7.1920	1.10.1920	1.1.1921	1.2.1921	12.2.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Sohlleder, Hälften, per Kilogr.	70—85	70—76	73—83	62—70	58—66
Rindbox, schwarz u. farbig, per Pfd.	15—33	19—27	18—30	18—30	16—30
Boxcalb, schwarz u. farbig, per Pfd.	35—45	36—39	36—38	25—38	22—37
Roschenleder, per Pfd.	15—20	12—15	15	13—15	12—13
Chevreaux, schwarz per Pfd.	30—40	35—40	32—36	32—36	30—33
Chevreaux, farbig, per Pfd.	40—50	42—48	36—42	36—40	36—40

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 14. Februar. Die auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten herrschende Unsicherheit lähmte alle Unternehmungslust. Infolgedessen begann die neue Woche sehr zurückhaltend. Bei kleinen Umsätzen waren die Kurse vorwiegend niedriger, wenn auch meist nur erheblich. Stärker gedrückt waren Buderus und Goldschmidt, die 20 bzw. 15 Prozent verloren. Dagegen wurden Bismarckhütte und Hoesch höher bezahlt. Hoesch büßten den Anfangsgewinn aber wieder ein. Später entwickelte sich auf Hamburger Anregung lebhaftes Geschäft in Anglo Continental Guano-Aktien, die zeitweilig 25 Prozent stiegen, davon aber etwa die Hälfte später wieder aufgaben. Vor allem aber trat unvermittelt starke Kauflust am Schiffahrtsaktenmarkt für Argoaktien hervor, die in großen Sprüngen infolge von Ankäufen um 125 Prozent stiegen. Die übrigen gleichartigen Werte gewannen dagegen nur wenig. Für Schantungbahnaktien erhielt sich das Interesse, das Papier begann mit 25 prozentiger Besserung, gab dann aber wieder etwas nach. Von Valutapapieren schwächten sich Mexikaner weiter ab. Banken waren vorzugsweise fest. Am Anlagemarkt neigten die ungarischen Werte zur Abschwächung, während deutsche Papiere ihren Kursstand gut behaupten konnten.

Produktenbericht. Berlin, 14. Februar. Für Mais zeigte sich wenig Unternehmungslust. Die Haltung war aber wegen befestigter amerikanischer Forderungen eher fester, sonst stand der Markt unter dem Zeichen der Zurückhaltung. Für Hülsenfrüchte lauteten die Forderungen hoch, während die Käufer Vorsicht beobachteten. Für Raps wurden vom Inlande hohe Preise gefordert. Vollwertige Trockenschnitzel waren billig zu haben, während sonstige Futterstoffe ihren Preisstand kaum veränderten. Morgen fällt der Produktenmarkt wegen des Saatenmarktes aus.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	14 Februar	12 Februar
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	150—160	150—160
„ kleine	130—135	130—135
Futtererbsen	115—130	115—130
Linsen	—	—
Peluschken	110—118	110—120
Ackerbohnen	120—128	120—130
Wicken	100—115	100—110
Lupinen, blaue	55—63	55—63
„ gelbe	68—80	68—80
Seradella, alte	45—55	45—55
„ neue	55—75	55—75
Vicia villosa	—	—
Raps	275—280	275—275
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	250—500	250—500
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	54—57	54—57
Torfmelasse	49—51	49—51
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	23—26	23—26
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	18—20	18—20
„ gebündelt	18—19½	18—19½
Roggen-Langstroh	20—22	20—22
Runkelrüben	7—8	7—8
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	144	145
„ per Februar	141	140

Leipziger Notierungen.

Leipzig, den 14. Februar.

Chemnitzer Bankverein	200,—	Leipziger Malzfabrik	210,—
Leipziger Hypothekenbank	160,—	Mansfelder Kupfer	1600,—
Mitteldeutsche Privatbank	204,—	Oelmühlen Kupfer	8,0,—
Cröllwitzer Papierf	424,—	Pittler, Leipzig	442,—
Glauziger Zuckerfbr	1050,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	6,—	„ Prioritäts-Akt.	2000,—
Hallesche Zuckerraff.	405,—	Rudelsburger Zuckerfabr.	302,—
Portland-Zement	173,—	Zementfabrik	—,—
Hugo Schneider, Pauneiofen	342,—	Sachsenwerk	328,—
Körbisdorfer Zukerf	760,—	Sondermann & Stier	210,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	449,—	Stöhr & Co.	470,—
		Zimmermann, Halle	280,—
		Zimmermann, Chemnitz	275,—

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 14 Februar. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1400/1450	Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtwaren	2700/2750
Orig.-Hütten-Weichblei	480	Zinn (Banca-Straits-Billton)	44,0 4300 4250
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	530	Hüttenzinnmind. 99%	3836
Remelted-Platten-Zink	450	Reinnickel (98-99%)	4100
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% in gekerbten Blockchen	2800 2750	Antimon (Regulus)	700
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	910-920
		Elektrolytkupfer per 100 kg	1780

Letzte Devisenkurse.

Berlin, 14 Februar.

	Geld	Brief
Italien	210,—	210,50
Paris	415,05	415,95
Schweiz	1 1,75	1 2,45
Spanien	1 1,—	1 1,50

Hauptschriftleiter Hermann Dittrich.
Verantwortlich für Politik: Hermann Dittrich, für politische Nachrichten i. V. Erich Mittelstädt; für Gesellschaftsteil, Bildung u. Sport: Hans Gerlinger; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Weißbrodt. Für den Anzeigenteil: Paul Kaufhold, Sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck- u. Verlagsdirektor, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192102151-12/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 14. Februar.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Bankdiskont:

Reichsbk. Diskt. 5%, Lombardzinsfuß, Italien 5½%, Belgien 5%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 6%, Lissabon 7%, London 7%, Madrid 6%, Paris 6%, Prag 7%, Schweiz 4%, Spanien 5%, Wien 4½%, Türkei 6%, Ungarn 6%, Osteuropäische Staaten 6%.

Devisenkurse.

	Geldkurs	Briefkurse	Vorteiler Geldkurs	Vorteiler Briefkurse
Holland	1973 00	1977 00	1968.00	2002 00
Belgien	434 55	435 45	441 55	442 45
Kopenhagen	1083 90	1086 10	1081 40	1083 60
Dänemark	1083 90	1086 10	1083 90	1086 10
Schweden	1298 20	1298 80	1303 65	1306 35
Finnland	186.80	187 20	187 80	188 20
Italien			213.75	214 25
England	223 00	223.50	227.00	227.50
Amerika	56.84	53.65	57.84	58 65
Frankreich			422.50	423 40
Schweiz			848.55	843.45
Spanien			812 15	813.85
Prag				
Budapest	13 73	13.77	14 10	14.14
Wien	75.52	75 72	75.90	76.10
Konstantinopel	10.98	11.02	10 98	0 02

Deutsche Anleihen

	Zinsfuß	Zinstermin	heut. Kurs	vorriger Kurs
Dt. Reichsanl. 1927	3		90.50	90.50
do. 16 Juli 27	3		90 50	90.50
do. Schatzanw.	4½		72.00	72.00
do. Anl. 24	4½		91.40	91 40
Reichsschuldbuch 26	4		77.50	77 50
do.	4		68 50	68.50
do.	3½		66 50	66.25
do.	3		67 20	67.20
Schutzgebiete-Anleihe	4		72.50	71.30
Sparkassen-Anleihe	12		84.90	84.90
Pr. St.-Anl. 21	5		100.00	100.00
do. 1. 2. 22	5		99 30	99.30
do. 1. 11. 22	5		99.20	99.30
do. 1. 11. 1914	4		88.50	88.50
Preuß. Konsols	4		86 90	86.60
do. do. Staffl. A.	3½		57.70	58.00
do. do.	3½		57 80	57.80
do. do.	3		48 30	48.50
Sächs. Staatsanl. 06	3		78.10	—
Bayr. St.-Anl.	4		83.00	83.75
do.	3½		66.50	67.00
Baden 10 etc. 30	4		98.75	98.75
do. 08, 09, 11	4		91.50	91.25
Hamburg St.-A.	3½		72.80	63.30
do. v. St. A. u. 21	4½			93.00
Meckl. Schwerin	4		71.75	71.50
Sachsen-Meiningen	4		67.50	67.50

Stadtanleihen

	Zinsfuß	Zinstermin	heut. Kurs	vorriger Kurs
Altona	4		74.00	74.00
Augsburg	4			—
Berlin 06	4		89 90	82.25
do. 12	4		83.00	83.00
do. 82	3½		66.00	66.00
Braunsberg	4		37.00	37.00
Bremen				—
Charlottenburg 09	4		91.50	91.50
do. 08	4		75.25	75.50
Cöln 09	4		83 00	82.75
do. 12	4		83.00	82.50
do. 19	4		83.00	82.50
Dessau	4			—
Dortmund	4		81.00	—
Dresden	4		84.75	84.60
Düsseldorf	4		81.25	81.00
Elsenberg	4		82 00	82.50
Frankfurt a. M.	4		99.00	99.10
do.	3½		67.00	67.00
Hannover	3½			—
Karlsruhe	4			80.50
Kassel	4		84.50	84.00
Magdeburg 06	4			88.00
Mainz	4			88.00
Mannheim	4		86.00	86.00
Posen	4			94.20
Spandau	4		27.50	26.50
Spandau	4		75.75	73.50
Stettin	4			72.00
Stuttgart	4		92.00	91.50
Wilmersdorf	4			74.100

Preuß. Pfandbriefe

	Zinsfuß	Zinstermin	heut. Kurs	vorriger Kurs
Berliner Handels-	4%		95.00	95.00
do. neue	3%		83.00	83.00
do. Hypo	4			—
do. neue	3%		87.00	87.00
Dt. Hypo. Bank	3%			—
do. Comm.	4		99.25	99.60
Meinigen Cent.	4		99.00	99.00
Pfälzisch	4		87.50	87.50
Pommersche	4		100 00	100.00
Schlesische neue	4		100 25	100.40
Schleswig-Holst.	4		98.10	98.90
Westfälische	4		105.00	—
Westpr. neue	4		100.00	100.00
Westpr. neue	3½		67.75	67.75
Ostpreußische	4		100.50	100.50
Deutsche Komm.	4		63.90	63.90
do. 5 rige	5		69.50	69.50
Posen Gros	4		95.25	95.00

Landschaftliche

	Zinsfuß	Zinstermin	heut. Kurs	vorriger Kurs
Augsburg			87.00	87.000
Braunschweig			465.50	465.00
Brandenburg	3½		164 25	164.25
Danzig	3		332.00	326.500
Oldenburg	3		167.80	173 00
St. Mecklenburg			87 00	88 000

Ausländische Anleihen

	Zinsfuß	Zinstermin	heut. Kurs	vorriger Kurs
Baden-Baden	6		95.50	93.500
Bulgarien Stam.	6		346.00	347.000
do. Gold	5		66.00	—
Mexikan. 99	5		661.00	680.000
do. 04	4			479.000
Oesterr. Schatz.	4%		31.50	—
do. neue	4%		18.50	—
Barmer B. V.	8%		165.00	164.75
do. Hypo. Bank	6%		235.00	235.000
Bayer. Hand	5%			—
Berl. Handel.	10		235.00	235.00
do. Hyp. Bank	6%		109.00	114.000
Braun. Bank 1. D.	5		499.00	506.000
Braunschw. Bk.	7%		172.50	175.50
do. Hanno. Hyp.	8%		175.00	172.000
Cent. Boden	0			—
do. Kredit	9		199.50	200.00
Cob. Cr. K.	6			142.000
Com. u. Privat	9		209.00	209.50
Danz. Privatbk.	8		191.00	191.00
Darm. Bank	7		118.00	118.00
Deutsche Bank	7½		165.00	160.000
do. Asiat. Bank	—		420.00	426.000
do. Kolonialbk.	12			—
Deutsch. Bank	12		298.00	297.00
do. Effect. Bk.	—			18.00
do. Hyp. Bank	7%		139.50	139.50
do. Hyp. Bank	6		199.00	199.00
do. Overs. Bk.	20		655.00	661.00
Disconto Ges.	10		240.25	243.250
Dresdner Bank	9		210.00	210.25
Ess. Kred. A.	8		188.50	188.50
Gothaer Privatbk.	9		177.50	178.00
do. Grundkredit	6		164.00	167.00
Hamburg Hypo.	10			—
Hannov. Bank	8		297.00	298.00
Hildesh. Bank	8			—
Kaiser Bank	6%		169.00	169.00
Leipz. Kredit	7		194.00	194.50
Lib. Handel.	7		180.00	180.00
Luxemburg. Bank	7		271.00	268.500
Meckl. Bank	6			—
Mitteldt. Bodenkr.	6%		210.00	210.50
Mitteldt. Privatbk.	7		97.00	98.000
Nat. Hyp. Pfd.	10		97.00	97